

EUROPÄISCHE UNION



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

RAHMENLIEFERVERTRAG

RAHMENVERTRAG NUMMER – EESC/COMM/04/2015

Die Europäische Union ("die Union"), vertreten durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss ("der Auftraggeber"), der zur Unterzeichnung dieses Vertrags vertreten wird durch Peter Lindvald-Nielsen, Leiter der Abteilung Kommunikation

einerseits, und

[Vollständiger offizieller Name]

[Rechtsform]

[Nummer der Eintragung in das Berufsregister]

[Vollständige offizielle Anschrift]

[Umsatzsteuer-Identifikationsnummer]

("der Auftragnehmer"), der zur Unterzeichnung des Vertrags vertreten wird durch *[Vorname, Nachname und Funktion]*

andererseits,

VEREINBAREN

die **besonderen Bedingungen und die allgemeinen Bedingungen für Rahmenlieferverträge**, den Auftragsschein (Muster) sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I Leistungsbeschreibung mit ihren Anlagen (Referenznummer EESC/COMM/04/2015)

Anhang II Angebot Nr. [...] vom *[Datum]* einschließlich Preisliste

Anhang III Formblatt Finanzbogen

EESC-2015-04243-03-01-AO-TRA (EN) 1/29

Anhang IV Formblatt Rechtsträger

die Bestandteile dieses Rahmenvertrags ("der RV") sind.

- Die besonderen Bedingungen gehen den Bestimmungen in den übrigen Teilen des RV vor.
- Die allgemeinen Bedingungen gehen den Bestimmungen des Musters für den Auftragsschein vor.
- Die Bestimmungen des Musters für den Auftragsschein gehen denen der übrigen Anhänge vor.
- Die Bestimmungen der Leistungsbeschreibung (Anhang I) gehen denen des Angebots (Anhang II) vor.
- Die Bestimmungen des RV gehen denen der Auftragsscheine vor.

I – BESONDERE BEDINGUNGEN**ARTIKEL I .1 – VERTRAGSGEGENSTAND**

I.1.1 Gegenstand dieses RV sind *Werbeartikel*.

I.1.2 Mit der Unterzeichnung des RV geht der Auftraggeber keine Kaufverpflichtung ein. Ausschließlich die zur Erfüllung des RV erteilten Aufträge sind für den Auftraggeber bindend.

ARTIKEL I .2 – INKRAFTTRETEN UND LAUFZEIT DES RAHMENVERTRAGS

I.2.1 Der RV tritt am Tag seiner Unterzeichnung durch die letzte Vertragspartei in Kraft.

I.2.2 Auf keinen Fall darf mit der Auftragsausführung begonnen werden, bevor der RV in Kraft ist. Desgleichen darf die Lieferung von Gegenständen keinesfalls vor dem Tag beginnen, an dem der Auftragsschein wirksam wird.

I.2.3 Der RV ist auf zwölf Monate ab seinem Inkrafttreten befristet. Dieser Zeitraum und alle anderen im RV genannten Zeiträume sind, soweit nichts anderes angegeben ist, in Kalendertagen ausgedrückt.

I.2.4 Die Auftragsscheine sind vor Ablauf des RV von beiden Parteien zu unterzeichnen.

Der RV findet auf diese Aufträge auch nach Ende seiner Laufzeit Anwendung. Sie sind binnen maximal drei Monaten nach dem Ende der Laufzeit auszuführen.

I.2.5 Der RV wird automatisch bis zu drei Mal unter den gleichen Bedingungen verlängert, es sei denn eine der Vertragsparteien übermittelt der anderen Vertragspartei drei Monate vor Ablauf der in Artikel I.2.3 genannten Frist eine anders lautende Entscheidung. Die Verlängerung bedeutet nicht, dass bestehende Verpflichtungen geändert oder zurückgestellt werden.

ARTIKEL I.3 – PREISE

I.3.1 Die Höchstpreise für die Lieferungen belaufen sich auf [*Betrag in Zahlen und in Worten*] EUR. Dies darf jedoch in keiner Weise als Verpflichtung des Auftraggebers angesehen werden, die Lieferungen zum Höchstbetrag zu erwerben. Die Höchstpreise für die Lieferungen sind die in Anhang II genannten.

ARTIKEL I.4 – ZAHLUNGSMODALITÄTEN UND AUSFÜHRUNG DES RAHMENVERTRAGS

I.4.1 Einziger Rahmenvertrag

Der vom Auftragnehmer datierte und unterzeichnete Auftragsschein muss binnen zehn Arbeitstagen nach seiner Absendung durch den Auftraggeber wieder bei ihm eingehen, ebenso wie die digitale(n) Abbildung(en) des/r bedruckten Artikel(s).

Die Frist für die Lieferung der Artikel läuft ab dem Tag, an dem der Auftraggeber die digitale Abbildung genehmigt (Druckgenehmigung), sofern auf dem Auftragsschein kein anderes Datum angegeben ist.

I.4.2 Lieferung

Die Artikel werden an den Sitz des EWSA, Rue Belliard/Belliardstraat 99, 1040 Bruxelles/Brussel geliefert.

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber das genaue Lieferdatum mindestens zwei Tage im Voraus mit. Alle Lieferungen erfolgen am vereinbarten Ort an Werktagen während der normalen Arbeitszeit (montags bis donnerstags von 8:30 Uhr bis 17:30 Uhr, freitags von 8:30 Uhr bis 15:30 Uhr).

I.4.3 Zahlung des Restbetrags

Für die Zahlung des Restbetrags legt der Auftragnehmer eine Rechnung vor.

Der Auftraggeber leistet die Zahlung binnen 30 Tagen nach Eingang der Rechnung, sofern der Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt des Eingangs der Rechnung sämtliche vertraglichen Verpflichtungen erfüllt hat.

ARTIKEL I.5 – RECHNUNG UND BANKKONTO

Sämtliche Rechnungen sind zu richten an:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
An den Rechnungsführer
Rue Belliard/Belliardstraat 99
B-1040 Bruxelles/Brussel

Belgien

Die Zahlungen erfolgen auf das folgende Konto des Auftragnehmers in Euro:

Name der Bank:
Anschrift der kontoführenden Zweigstelle:
Genau Bezeichnung des Kontoinhabers:
Vollständige Kontonummer (einschließlich der Bankcodes):
IBAN:

ARTIKEL I.6 – KONTAKTDATEN UND FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER

Für die Zwecke von Artikel II.6 ist Peter Lindvald Nielsen, Leiter der Abteilung Kommunikation, für die Datenverarbeitung verantwortlich.

Mitteilungen sind an folgende Anschriften zu richten:

Auftraggeber:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Abteilung Kommunikation
z.Hd. Peter Lindvald-Nielsen, Leiter der Abteilung Kommunikation
E-Mail: tender-communication@eesc.europa.eu

Auftragnehmer:

[Name, Vorname]
[Funktion]
[Firmenname]
[Vollständige offizielle Anschrift]
E-Mail: [...]

ARTIKEL I.7 – ANWENDBARES RECHT UND GERICHTSSTAND

I.7.1 Dieser RV unterliegt dem Unionsrecht, gegebenenfalls ergänzt durch das belgische Recht.

I.7.2 Für alle Streitigkeiten zwischen den Parteien über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit des RV, die nicht gütlich beigelegt werden können, sind die Gerichte der Stadt Brüssel zuständig.

ARTIKEL I.8 – KÜNDIGUNG DURCH EINE DER VERTRAGSPARTEIEN

Jede Vertragspartei kann den RV oder den RV und die Auftragsscheine durch eine förmliche Mitteilung an die andere Vertragspartei einseitig und mit einer Frist von einem Monat entschädigungslos kündigen. Kündigt der Auftraggeber den RV oder Auftragsscheine, hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf eine anteilige Vergütung entsprechend den vor dem Kündigungsdatum bestellten und gelieferten Gegenständen. Diesbezüglich gilt Artikel II.13.3 Absatz 1.

ARTIKEL I.9 – INTERNATIONALER RAHMENVERTRAG

Entfällt.

ARTIKEL 10 – VERTRAGSSTRAFEN BEI VERSTÖßEN GEGEN DIE LIEFERFRIST

I.10.1 Abweichend von Artikel II.11 des RV bezüglich der zeitgerechten Erfüllung der vertraglichen Pflichten durch den Auftragnehmer gilt: Liefert der Auftragnehmer die bestellten Artikel nicht innerhalb der im Auftragsschein genannten Frist, wird dem Auftragnehmer unbeschadet seiner tatsächlichen oder potenziellen Haftung aufgrund des Vertrags sowie des Kündigungsrechts des Auftraggebers eine Vertragsstrafe von bis zu 10% des Gesamtwerts der bestellten Artikel auferlegt. Bei Wiederholungen während der Geltungsdauer des Vertrags kann diese Vertragsstrafe auf bis zu 20% erhöht werden.

I.10.2 Der Betrag der Vertragsstrafe wird von den noch zu erfolgenden Zahlungen an den Auftragnehmer abgezogen, und zwar unbeschadet eines gerichtlichen Vorgehens, falls diese Beträge nicht ausreichen.

**II – ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR RAHMEN-
LIEFERVERTRÄGE****ARTIKEL II.1 - VERTRAGSERFÜLLUNG**

Für die Lieferung von Gegenständen übermittelt der Auftraggeber dem Auftragnehmer einen Auftragsschein in zweifacher Ausfertigung, in dem die Bezeichnung, Menge und Qualität der Gegenstände sowie die Preise, der Lieferort und die Lieferfrist nach Maßgabe der Bedingungen des RV angegeben sind.

Innerhalb der in Artikel 1.4 genannten Frist sendet der Auftragnehmer den ordnungsgemäß unterzeichneten und datierten Auftragsschein zurück und bestätigt damit den Auftrag und die Lieferbedingungen.

II.1.1 Lieferung**(a) Lieferfrist**

Die Lieferfrist wird nach Maßgabe von Artikel I.4 berechnet.

(b) Datum, Uhrzeit und Ort der Lieferung

Der Auftraggeber teilt den genauen Liefertermin dem Auftraggeber innerhalb der in Artikel I.4 festgelegten Frist schriftlich mit. Alle Lieferungen erfolgen an dem vereinbarten Ort zu den in Artikel I.4 genannten Zeiten.

Der Auftragnehmer trägt die Kosten und Risiken im Zusammenhang mit der Anlieferung der Waren am Lieferort.

(c) Lieferschein

Allen Lieferungen ist ein vom Auftragnehmer oder seinem Spediteur datierter und unterzeichneter Lieferschein in zwei Ausfertigungen beizufügen, der die Nummer des Auftragsscheins und Angaben zu den gelieferten Gegenständen enthält. Eine Ausfertigung des Lieferscheins wird von dem Auftraggeber unterzeichnet und an den Auftragnehmer oder seinen Spediteur zurückgesandt.

II.1.2 Übereinstimmungsbescheinigung

Mit der Unterzeichnung des Lieferscheins gemäß Artikel II.1.1 Buchstabe c bestätigt der Auftraggeber nicht die Vertragsmäßigkeit der Gegenstände, sondern lediglich, dass er die betreffenden Gegenstände in Empfang genommen hat.

Die Vertragsmäßigkeit wird dadurch bestätigt, dass der Auftraggeber spätestens einen Monat nach dem Liefertermin eine entsprechende Bescheinigung unterzeichnet, es sei denn, in den Besonderen Bedingungen oder in der Leistungsbeschreibung (Anhang I) ist etwas anderes vorgesehen.

Die Vertragsmäßigkeit wird erst dann bescheinigt, wenn die Bedingungen des RV und des Auftragsscheins erfüllt sind und die Gegenstände der Leistungsbeschreibung (Anhang I) entsprechen.

Kann der Auftraggeber aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, die Gegenstände nicht abnehmen, so teilt er ihm dies spätestens bei Ablauf der Frist für die Bescheinigung der Vertragsmäßigkeit schriftlich mit.

II.1.3 Vertragsmäßigkeit der gelieferten Gegenstände

- (a) Die Gegenstände, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber liefert, müssen in Menge, Qualität, Preis und Verpackung dem RV und dem jeweiligen Auftragsschein entsprechen.
- (b) Die gelieferten Gegenstände müssen
 - (i) der Beschreibung in der Leistungsbeschreibung (Anhang I) entsprechen und die Eigenschaften der Gegenstände besitzen, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber als Probe oder Muster vorgelegt hat;
 - (ii) sich für den jeweiligen Bestimmungszweck eignen, den der Auftraggeber dem Auftragnehmer bei Abschluss dieses RV zur Kenntnis gebracht hat und der von diesem bestätigt wurde;
 - (iii) sich für die Zwecke eignen, für die Gegenstände der gleichen Art gewöhnlich gebraucht werden;
 - (iv) die Qualität und Leistung aufweisen, die bei Gegenständen der gleichen Art üblich sind und die der Auftraggeber angesichts der Beschaffenheit der Gegenstände und der öffentlichen Aussagen des Auftragnehmers oder des Herstellers oder dessen Vertreters

über die Eigenschaften der Gegenstände, insbesondere in der Werbung oder auf dem Etikett, vernünftigerweise erwarten kann;

- (v) in der für Gegenstände dieser Art üblichen Weise oder, falls es eine solche Weise nicht gibt, in einer für die Erhaltung und den Schutz der Gegenstände angemessenen Weise verpackt sein.

II.1.4 Rechtsbehelfe

- (a) Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für jede Vertragswidrigkeit, die zum Zeitpunkt der Überprüfung der Gegenstände besteht.
- (b) Bei Vertragswidrigkeit hat der Auftraggeber unbeschadet des Artikels II.11, der auf den Gesamtpreis der Gegenstände anwendbaren pauschalierten Schadenersatz vorsieht, Anspruch darauf, dass:
 - (i) die Waren entweder kostenfrei durch Nachbesserung oder Ersatz in Übereinstimmung gebracht werden oder
 - (ii) der Preis entsprechend gemindert wird.
- (c) Die Nachbesserung oder Ersatzlieferung muss innerhalb einer angemessenen Frist und ohne nennenswerte Unannehmlichkeiten für den Auftraggeber erfolgen, wobei die Art der Gegenstände sowie der Zweck, für den der Auftraggeber sie benötigt, zu berücksichtigen sind.
- (d) Der Begriff "unentgeltlich" in Buchstabe b) bezieht sich auf die für die Herstellung des vertragsgemäßen Zustands der Ware notwendigen Kosten, insbesondere Versand-, Arbeits- und Materialkosten.

II.1.5 Montage

Ist die Montage der gelieferten Gegenstände in der Leistungsbeschreibung (Anhang I) vorgesehen, hat sie innerhalb eines Monats zu erfolgen, es sei denn, in den Besonderen Bedingungen ist etwas anderes vorgesehen.

Ein Mangel infolge unsachgemäßer Montage der gelieferten Gegenstände wird der Vertragswidrigkeit gleichgestellt, wenn die Montage Bestandteil des RV ist und vom Auftragnehmer oder unter dessen Verantwortung vorgenommen wurde. Das Gleiche gilt, wenn der Gegenstand vom Auftraggeber montiert werden sollte und die unsachgemäße Montage auf einen Mangel in der Montageanleitung zurückzuführen ist.

II.1.6 Leistungen im Zusammenhang mit den Gegenständen

Sieht die Leistungsbeschreibung (Anhang I) Leistungen im Zusammenhang mit den Gegenständen vor, sind diese entsprechend zu erbringen.

II.1.7 Allgemeine Bestimmungen bezüglich der Gegenstände

- (a) Verpackung

Die Ware ist in widerstandsfähige Kisten oder auf andere Art so zu verpacken, dass die völlige Unversehrtheit des Inhalts garantiert ist. Verpackungen, Paletten usw. sowie der Inhalt dürfen zusammen nicht mehr als 500 Kg wiegen.

Paletten gelten als Einwegverpackung und werden nicht zurückgesandt, es sei denn, in der Leistungsbeschreibung (Anhang I) ist etwas anderes vorgesehen.- Jede Kiste muss mit einem gut leserlichen Aufkleber mit folgenden Angaben versehen sein:

- (i) Name des Auftraggebers und Lieferadresse;
- (ii) Name des Auftragnehmers;
- (iii) Bezeichnung des Inhalts;
- (iv) Lieferdatum;
- (v) Nummer und Datum des Auftragsscheins;
- (vi) Artikelnummer (EG-Code).

(b) Garantie

Die Garantiefrist bei Herstellungs- und Materialschäden beträgt zwei Jahre ab der Lieferung, es sei denn, in der Leistungsbeschreibung (Anhang I) ist eine längere Frist vorgesehen.

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass alle Erlaubnisse und Genehmigungen, die für die Herstellung und den Vertrieb der Waren erforderlich sind, eingeholt wurden.

Treten während der Gewährleistungsfrist durch normale Nutzung Beschädigungen oder Mängel auf, leistet der Auftragnehmer Ersatz auf eigene Kosten und innerhalb einer angemessenen Frist, die beide Vertragsparteien einvernehmlich festlegen.

Der Auftragnehmer haftet für alle Konformitätsmängel, die zum Zeitpunkt der Lieferung bestehen, auch wenn die Mängel erst später offenbar werden.

Der Auftragnehmer haftet ferner für alle Konformitätsmängel, die nach der Lieferung auftreten und die ihm aufgrund eines Verstoßes gegen seine Pflichten anzulasten sind; dazu zählt auch das Fehlen einer Garantie, dass Waren, die für einen dem üblichen Gebrauch entsprechenden Zweck oder für einen speziellen Zweck genutzt werden, für eine bestimmte Zeit ihre angegebenen Eigenschaften und Merkmale behalten.

Wenn ein Teil eines Gegenstands ersetzt wird, gelten für das Ersatzteil die gleiche Gewährleistung und die gleiche Gewährleistungsfrist wie vorstehend festgelegt.

Stellt sich heraus, dass ein Mangel auf einen systematischen Konstruktionsfehler zurückzuführen ist, muss der Auftragnehmer alle identischen Teile der anderen Waren, die Bestandteil des Auftrags sind, ersetzen oder ändern, auch wenn diese Teile keinen Ausfall verursacht haben. In diesem Fall wird die Garantiefrist wie vorstehend erläutert verlängert.

II.1.8 Allgemeine Bestimmungen zur Ausführung des RV

- (a) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den RV fachgerecht auszuführen.
- (b) Alle nach den am Erfüllungsort geltenden Rechtsvorschriften für die Auftragsausführung erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen sind ausschließlich vom Auftragnehmer zu beschaffen.
- (c) Jede Bezugnahme auf das Personal des Auftragnehmers betrifft ausschließlich das von diesem zur Ausführung des RV eingesetzte Personal.

- (d) Der Auftragnehmer setzt zur Auftragsausführung Personal ein, das die erforderlichen beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen für die Ausführung der entsprechenden Auftragsscheine besitzt.
- (e) Der Auftragnehmer darf den Auftraggeber weder vertreten noch durch sein Auftreten den Anschein erwecken, dies sei der Fall. Der Auftragnehmer stellt Dritten gegenüber klar, dass er nicht dem europäischen öffentlichen Dienst angehört.
- (f) Der Auftragnehmer haftet allein für das zur Auftragsausführung eingesetzte Personal.

Der Auftragnehmer regelt das Beschäftigungs- oder Dienstverhältnis zu seinen Mitarbeitern wie folgt:

- (i) Das Personal, das die vom Auftragnehmer geforderten Leistungen ausführt, darf keine unmittelbaren Weisungen vom Auftraggeber entgegennehmen.
 - (ii) Der Auftraggeber wird in keinem Fall als Arbeitgeber des unter Buchstabe a genannten Personals betrachtet; das Personal verpflichtet sich, aus der vertraglichen Beziehung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer keinerlei Rechte gegenüber dem Auftraggeber abzuleiten.
- (g) Bei Störungen oder Zwischenfällen infolge von Handlungen eines in den Räumlichkeiten des Auftraggebers arbeitenden Mitarbeiters des Auftragnehmers, oder wenn die fachliche Befähigung eines Mitarbeiters des Auftragnehmers nicht dem aufgrund des RV erforderlichen Profil entspricht, ersetzt der Auftragnehmer den betreffenden Mitarbeiter unverzüglich. Der Auftraggeber hat das Recht, den Ersatz derartiger Mitarbeiter zu verlangen; er hat diesen Wunsch zu begründen. Das Ersatzpersonal muss über die erforderlichen Qualifikationen verfügen und in der Lage sein, den Auftrag unter den gleichen Bedingungen auszuführen. Der Auftragnehmer haftet für jede Verzögerung bei der Ausführung der Auftragsscheine, die sich daraus ergibt, dass ein Mitarbeiter ersetzt wird.
- (h) Wird die Ausführung des RV mittelbar oder unmittelbar durch unvorhergesehene Ereignisse, Handlungen oder Unterlassungen teilweise oder vollständig behindert, so hat der Auftragnehmer dies umgehend und von sich aus zu dokumentieren und dem Auftraggeber zu melden. In der Meldung ist das Problem zu beschreiben und anzugeben, wann es aufgetreten ist. Außerdem ist mitzuteilen, welche Abhilfemaßnahmen der Auftragnehmer ergriffen hat, um seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Der Auftragnehmer bemüht sich vorrangig um die Beseitigung des Problems und nicht um die Klärung der Haftungsfrage.
- (i) Erfüllt der Auftragnehmer seine vertraglichen Verpflichtungen nicht, kann der Auftraggeber - unbeschadet seines Rechts, den RV zu kündigen - im Verhältnis zum Umfang der nicht erfüllten Verpflichtungen Zahlungen kürzen oder ausgezahlte Beträge einziehen. Außerdem kann der Auftraggeber Schadenersatz oder pauschalierten Schadenersatz gemäß Artikel II.11 fordern.

ARTIKEL II.2 – KOMMUNIKATIONSMITTEL

II.2.1 Jede Mitteilung im Zusammenhang mit dem RV und seiner Durchführung hat zu ihrer Wirksamkeit schriftlich unter Angabe der Nummer des RV zu erfolgen. Eine

Mitteilung gilt als zu dem Zeitpunkt erfolgt, zu dem sie beim Empfänger eingeht, sofern in diesem RV nichts anderes bestimmt ist.

- II.2.2** Elektronische Mitteilungen gelten als an dem Tag beim Empfänger eingegangen, an dem sie abgesandt wurden, sofern sie an die in Artikel I.6 genannten Adressaten gesandt werden. Erhält der Absender eine Unzustellbarkeits- oder Abwesenheitsmitteilung, so unternimmt er unbeschadet des Vorstehenden alle Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass der Empfänger die Mitteilung tatsächlich erhält.

Elektronische Mitteilungen sind durch eine unterzeichnete Papierfassung des Originals zu bestätigen, wenn eine der Vertragsparteien dies wünscht, sofern dieser Wunsch ohne ungerechtfertigte Verzögerung geäußert wird. Der Absender der Mitteilung sendet die unterzeichnete Papierfassung des Originals ohne ungerechtfertigte Verzögerung ab.

- II.2.3** Auf dem Postweg versandte Mitteilungen gelten als an dem Tag beim Auftraggeber eingegangen, an dem sie von der in Artikel I.6 bezeichneten zuständigen Dienststelle registriert werden.

Jede förmliche Mitteilung ist per Einschreiben mit Rückschein oder gleichwertiger Weise oder auf einem gleichwertigen elektronischen Weg zu übermitteln.

ARTIKEL II.3 – HAFTUNG

- II.3.1** Der Auftragnehmer haftet allein für die Einhaltung aller ihm obliegenden rechtlichen Verpflichtungen.

- II.3.2** Der Auftraggeber kann nicht für Schäden haftbar gemacht werden, die durch den Auftragnehmer verursacht werden oder diesem entstehen, auch nicht für Schäden, die bei oder infolge der Auftragsausführung durch den Auftragnehmer einem Dritten entstehen, es sei denn, diese Schäden sind auf vorsätzlich regelwidriges oder grob fahrlässiges Verhalten des Auftraggebers zurückzuführen.

- II.3.3** Der Auftragnehmer haftet für alle dem Auftraggeber bei der Auftragsausführung – einschließlich der Vergabe von Unteraufträgen – entstandenen Verluste und Schäden sowie für jegliche Ansprüche Dritter bis zum Dreifachen des Gesamtwertes des entsprechenden Auftragsscheins. Ist der Schaden oder Verlust jedoch auf grobe Fahrlässigkeit oder auf vorsätzlich regelwidriges Verhalten des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter oder seiner Unterauftragnehmer zurückzuführen, so haftet der Auftragnehmer unbegrenzt in Höhe des entstandenen Schadens oder Verlustes.

- II.3.4** Die Union wird vom Auftragnehmer für alle Schäden und Kosten, die aufgrund einer Forderung entstehen, entschädigt und schadlos gehalten. Im Falle einer Klage, der Geltendmachung einer Forderung oder eines Verfahrens durch einen Dritten gegen den Auftraggeber infolge eines durch den Auftragnehmer bei der Auftragsausführung verursachten Schadens verpflichtet sich dieser zum Schadenersatz. Erhebt ein Dritter

im Zusammenhang mit der Auftragsausführung Klage gegen den Auftraggeber, leistet der Auftragnehmer dem Auftraggeber Beistand. Dem Auftragnehmer dadurch entstehende Kosten können vom Auftraggeber getragen werden.

- II.3.5** Der Auftragnehmer schließt eine Versicherung gegen Risiken und Schäden im Zusammenhang mit der Erfüllung des RV ab, wenn die einschlägigen geltenden Rechtsvorschriften dies verlangen. Er schließt eine angemessene, den Gepflogenheiten in seinem Wirtschaftszweig entsprechende Zusatzversicherung ab. Der Auftraggeber erhält auf Wunsch eine Kopie der jeweiligen Versicherungspolice.

ARTIKEL II.4 – INTERESSENKONFLIKT

- II.4.1** Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Situationen zu vermeiden, die einen Interessenkonflikt bewirken könnten. Eine derartige Situation kann sich ergeben, wenn die unparteiische und objektive Ausführung des RV aus wirtschaftlichem Interesse, politischer Affinität oder nationalen Bindungen, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen sowie sonstigen Interessenverknüpfungen beeinträchtigt wird.

- II.4.2** Jegliche Situation, die bei der Auftragsausführung einen Interessenkonflikt bewirkt oder bewirken könnte, ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu melden. Der Auftragnehmer trifft unverzüglich alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor zu überprüfen, ob diese Maßnahmen angemessen sind, und kann verlangen, dass innerhalb einer gegebenen Frist weitere Maßnahmen getroffen werden.

- II.4.3** Der Auftragnehmer erklärt, dass er weder mittelbar noch unmittelbar als Anreiz oder Entgelt für die Vergabe des RV oder seine Ausführung finanzielle Vorteile oder eine Sachleistung gewährt, verlangt oder angenommen hat, die als rechtswidriges Verhalten oder Bestechung bzw. Bestechlichkeit anzusehen sind, und dies in Zukunft auch nicht tun wird.

- II.4.4** Der Auftragnehmer gibt alle relevanten Verpflichtungen an seine Mitarbeiter und jede natürliche Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, schriftlich weiter und sorgt dafür, dass die betreffenden Personen nicht in eine Situation geraten, die einen Interessenkonflikt bewirken könnte. Der Auftragnehmer gibt alle relevanten Verpflichtungen außerdem an der Erfüllung des RV beteiligte Dritte sowie Unterauftragnehmer schriftlich weiter.

ARTIKEL II.5 - VERTRAULICHKEIT

- II.5.1.** Auftraggeber und Auftragnehmer behandeln jegliche Information und jegliches Dokument in jedweder Form, die bzw. das im Zusammenhang mit der Ausführung des RV schriftlich oder mündlich unterbreitet wird und schriftlich als vertraulich eingestuft wird, als vertraulich.

Der Auftragnehmer

- (a) darf vertrauliche Informationen und Dokumente nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers für andere Zwecke als für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem RV oder Auftragsschein nutzen;
- (b) sorgt dafür, dass derartige vertrauliche Informationen und Dokumente dem gleichen Schutzniveau unterliegen wie seine eigenen vertraulichen Informationen, in jedem Fall jedoch mindestens mit der gebührenden Sorgfalt behandelt werden;
- (c) legt vertrauliche Informationen und Dokumente ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Auftraggebers weder direkt noch indirekt gegenüber Dritten offen.

II.5.2 Die Vertraulichkeitsverpflichtung gemäß Artikel II.5.1 bindet sowohl den Auftraggeber als auch den Auftragnehmer während der Ausführung des RV und anschließend ab dem Zeitpunkt der Zahlung des Restbetrags fünf Jahre lang, es sei denn

- (a) die betroffene Vertragspartei stimmt zu, die andere Vertragspartei zuvor von der Vertraulichkeitsverpflichtung zu befreien;
- (b) die vertraulichen Informationen gelangen an die Öffentlichkeit, ohne dass die der Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegende Vertragspartei gegen ihre Verpflichtungen verstoßen hat;
- (c) die Weitergabe der vertraulichen Information ist gesetzlich vorgeschrieben.

II.5.3 Der Auftragnehmer verlangt von jeder natürlichen Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, sowie von Dritten, die an der Ausführung des RV oder Auftragsscheins beteiligt sind, dass sie die Vertraulichkeitsverpflichtung gemäß Artikel II.5.1 einhalten.

ARTIKEL II.6 – VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

II.6.1 Alle im RV enthaltenen personenbezogenen Daten werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Die Verarbeitung dieser Daten durch den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen dient einzig und allein zum Zweck der Ausführung des RV sowie deren Verwaltung und Überwachung. Die Daten können jedoch an die Einrichtungen übermittelt werden, die in Anwendung des Unionsrechts mit einer Überwachungs- oder Prüfungsaufgabe betraut sind.

II.6.2 Der Auftragnehmer hat Zugang zu seinen personenbezogenen Daten und Anspruch auf Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten. Fragen im Zusammenhang mit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten sind an den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen zu richten.

- II.6.3** Der Auftragnehmer kann sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden.
- II.6.4** Erfordert die Auftragsausführung die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer, darf dieser nur auf Weisung des für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen handeln, insbesondere was den Zweck der Verarbeitung, die Kategorien von Daten, die verarbeitet werden dürfen, die Empfänger der Daten und die Möglichkeiten der betroffenen Personen zur Wahrnehmung ihrer Rechte anbelangt.
- II.6.5** Der Auftragnehmer gestattet seinen Mitarbeitern den Zugriff auf die Daten nur in dem zur Auftragsausführung sowie deren Verwaltung und Überwachung unbedingt erforderlichen Maß.
- II.6.6** Der Auftragnehmer verpflichtet sich, technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die angesichts der von der Verarbeitung ausgehenden Risiken und der Art der betreffenden personenbezogenen Daten angemessen sind, um
- (a) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, insbesondere
 - (i) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - (ii) unbefugte Dateneingabe sowie jegliche unbefugte Weitergabe, Veränderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten zu verhindern;
 - (iii) zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung unbefugt genutzt werden können;
 - (b) zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zugreifen können;
 - (c) zu erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
 - (d) zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können;
 - (e) sicherzustellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;
 - (f) seine Organisationsstruktur in einer Weise zu gestalten, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.

ARTIKEL II.7 – VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN

- II.7.1** Der Auftragnehmer darf Unteraufträge nicht ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers vergeben und den RV auch nicht de facto von einem Dritten ausführen lassen.
- II.7.2** Die Zustimmung des Auftraggebers zur Vergabe von Unteraufträgen entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Pflichten. Er allein haftet für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses RV.
- II.7.3** Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Unterauftragsvergabe nicht die Rechte und Garantien berührt, die dem Auftraggeber aus diesem RV und insbesondere aus Artikel II.16 zustehen.

ARTIKEL II.8 – VERTRAGSÄNDERUNGEN

- II.8.1** Jede Änderung des RV oder Einzelvertrags ist schriftlich vor der Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen durchzuführen. Auftragsscheine können nicht als Änderungen des RV gelten.
- II.8.2** Die Änderung darf nicht dem Zweck dienen oder dazu führen, dass der RV oder die Auftragsscheine in einer Weise geändert werden, die die Entscheidung über die Vergabe des RV oder Auftragsscheins in Frage stellen könnte oder eine Ungleichbehandlung der Bieter oder Auftragnehmer zur Folge hätte.

ARTIKEL II.9 – ABTRETUNG VON RECHTEN UND PFLICHTEN

- II.9.1** Rechte und Pflichten aus dem RV einschließlich Zahlungsansprüche dürfen – insgesamt oder in Teilen – nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an Dritte abgetreten werden.
- II.9.2** Erfolgt die Abtretung von Rechten oder Pflichten durch den Auftragnehmer ohne diese Zustimmung oder unter Missachtung der Auflagen einer erteilten Zustimmung, ist sie gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

ARTIKEL II.10 – HÖHERE GEWALT

- II.10.1** Unter höherer Gewalt sind unvorhersehbare und außergewöhnliche, trotz der gebotenen Sorgfalt unabwendbare Situationen oder Ereignisse zu verstehen, die unabhängig vom Willen der Vertragsparteien eintreten, nicht auf einen Fehler oder eine Fahrlässigkeit einer Vertragspartei oder eines Unterauftragnehmers zurückzuführen sind und eine der Vertragsparteien daran hindern, eine Pflicht aus dem RV zu erfüllen. Leistungsausfall, Fehler an Material oder Ausrüstungsgegenständen sowie Verzögerungen bei der Bereitstellung können nur dann als höhere Gewalt geltend gemacht werden, wenn sie unmittelbar Folge eines

anerkannten Falls höherer Gewalt sind; Arbeitsstreitigkeiten, Streiks oder finanzielle Schwierigkeiten können nicht als höhere Gewalt geltend gemacht werden.

II.10.2 Sieht sich eine der Vertragsparteien mit höherer Gewalt konfrontiert, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vorhersehbaren Folgen des betreffenden Ereignisses unverzüglich förmlich mit.

II.10.3 Es wird keiner Vertragspartei als Verstoß gegen die Pflichten aus dem Vertrag ausgelegt, wenn sie durch höhere Gewalt an der Erfüllung dieser Pflichten gehindert ist. Kann der Auftragnehmer infolge höherer Gewalt seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllen, so hat er Anspruch auf Bezahlung lediglich der tatsächlich erbrachten Leistungen.

II.10.4 Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um etwaige Schäden aufgrund höherer Gewalt zu begrenzen.

ARTIKEL I I .11 – PAUSCHALISCHER SCHADENERSATZ

Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer im Falle der Nichterfüllung seiner in der Leistungsbeschreibung niedergelegten vertraglichen Pflichten, auch in Bezug auf die geforderte Qualität, pauschalierten Schadenersatz verlangen.

Unbeschadet der tatsächlichen oder potenziellen Haftung des Auftragnehmers aufgrund des RV oder des jeweiligen Auftragsscheins sowie des Kündigungsrechts des Auftraggebers, kann letzterer dem Auftragnehmer bei einem Verstoß gegen dessen vertragliche Pflichten bis zu dem im RV oder Auftragsschein festgelegten Zeitpunkt pauschalierten Schadenersatz pro Verzugstag auferlegen, der sich nach folgender Formel bestimmt:

$$0,3 \times (V/d)$$

V ist der Preis der betreffenden Leistung;

d ist die im jeweiligen Auftragsschein angegebene Dauer oder, falls dies nicht angegeben ist, der Zeitraum zwischen dem in Artikel I.4.1 angegebenen Datum und dem im jeweiligen Auftragsschein angegebenen Datum der Lieferung oder Auftragsausführung in Kalendertagen.

Der Auftragnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach dem Tag, an dem ihm dieser Beschluss förmlich mitgeteilt wurde, dazu Stellung nehmen. Äußert er sich nicht innerhalb dieser Frist oder nimmt der Auftraggeber seinen Beschluss nicht innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme zurück, ist der pauschalierte Schadenersatz vollstreckbar.

Die Vertragsparteien erkennen ausdrücklich an, dass gemäß diesem Artikel zu zahlende Beträge pauschalierter Schadenersatz und keine Vertragsstrafen sind und einen angemessenen Schadenersatz für die Verluste darstellen, die erfahrungsgemäß aus einer Nichterfüllung vertraglicher Pflichten erwachsen können.

ARTIKEL II.12 – AUSSETZUNG DES RV

II.12.1 Aussetzung durch den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer kann die Ausführung des RV oder Auftragsscheins oder eines Teils davon aussetzen, wenn die Auftragsausführung aufgrund höherer Gewalt unmöglich oder übermäßig erschwert ist. In diesem Fall unterrichtet er den Auftraggeber unverzüglich unter Angabe aller Gründe und erforderlichen Einzelheiten sowie des voraussichtlichen Zeitpunkts der Wiederaufnahme der Ausführung des RV oder Auftragsscheins.

Sobald es die Umstände die Wiederaufnahme der Auftragsausführung gestatten, unterrichtet der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich, es sei denn, der Auftraggeber hat den RV oder Auftragsschein bereits gekündigt.

II.12.2 Aussetzung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber kann die Ausführung des RV oder Auftragsscheins oder eines Teils davon aussetzen,

- (a) wenn das Vergabeverfahren oder die Auftragsausführung mit gravierenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder Betrug vorliegt;
- (b) um zu prüfen, ob mutmaßliche schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug tatsächlich vorliegen.

Die Aussetzung ist von dem Tag an wirksam, an dem der Beschluss dem Auftragnehmer förmlich mitgeteilt wird, oder von einem in der Mitteilung angegebenen späteren Tag an. Der Auftraggeber fordert den Auftragnehmer so bald wie möglich zur Wiederaufnahme der ausgesetzten Auftragsausführung auf oder setzt ihn von der Kündigung des RV oder Auftragsscheins in Kenntnis. Der Auftragnehmer hat im Falle der Aussetzung des RV oder Auftragsscheins oder eines Teils davon keinen Anspruch auf Schadenersatz.

ARTIKEL II.13 – KÜNDIGUNG DES RAHMENVERTRAGS

II.13.1 Kündigungsgründe

Der Auftraggeber kann den RV oder einen Auftragsschein in folgenden Fällen kündigen:

- (a) wenn durch Änderungen rechtlicher, finanzieller, technischer oder organisatorischer Art oder der Eigentumsverhältnisse aufseiten des Auftragnehmers die Erfüllung des RV oder Auftragsscheins substantiell beeinträchtigt zu werden droht oder die Entscheidung über die Vergabe des RV in Frage gestellt wird;
- (b) wenn mit der Ausführung eines erteilten Auftrags nicht tatsächlich binnen 15 (fünfzehn) Tagen nach dem dafür vorgesehenen Datum begonnen wurde und unter Berücksichtigung von Artikel II.8.2 das vom Auftragnehmer gegebenenfalls vorgeschlagene neue Datum vom Auftraggeber nicht akzeptiert wird;

- (c) wenn der Auftragnehmer den Auftrag den RV oder einen Auftragsschein nicht in der in der Leistungsbeschreibung niedergelegten Weise ausführt oder einer anderen wesentlichen vertraglichen Verpflichtung nicht nachkommt; die Kündigung von drei oder mehr Auftragsscheinen aus diesem Grund stellt einen Grund zur Kündigung des RV dar.
- (d) bei höherer Gewalt gemäß Artikel II.10 oder wenn der Auftragnehmer die Ausführung des RV oder Auftragsscheins infolge höherer Gewalt gemäß Artikel II.12 ausgesetzt hat, weil entweder die Wiederaufnahme der Auftragsausführung unmöglich ist oder die Änderungen an dem RV oder dem Auftragsschein die Entscheidung über die Vergabe des RV oder Auftragsscheins in Frage stellen könnten oder eine Ungleichbehandlung der Bieter oder Auftragnehmer zur Folge hätten.
- (e) wenn sich der Auftragnehmer im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befindet, seine gewerbliche Tätigkeit eingestellt hat oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer entsprechenden Lage befindet;
- (f) wenn sich der Auftragnehmer oder eine natürliche Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, nachweislich einer beruflichen Verfehlung schuldig gemacht hat;
- (g) wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuern oder sonstigen Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Landes seiner Niederlassung, des Landes des Auftraggebers oder des Landes der Ausführung des RV nicht nachgekommen ist;
- (h) wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer oder natürlichen Personen, die befugt sind, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, Betrug, Bestechung, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche oder eine andere rechtswidrige Tätigkeit zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union nachweisen kann;
- (i) wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer oder natürlichen Personen, die befugt sind, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug während des Vergabeverfahrens oder der Auftragsausführung oder falsche Angaben nachweisen kann;
- (j) wenn dem Auftragnehmer aus einem von ihm selbst zu vertretenden Grund eine der zur Ausführung des RV oder Auftragsscheins erforderlichen Genehmigungen oder Lizenzen versagt wird;
- (k) wenn der Bedarf des Auftraggebers sich ändert und er keine neuen Lieferungen im Rahmen des RV benötigt.

II.13.2 Kündigungsverfahren

Beabsichtigt der Auftraggeber, den RV oder Auftragsschein zu kündigen, so teilt er dies dem Auftragnehmer unter Angabe seiner Gründe förmlich mit. Der Auftraggeber fordert den Auftragnehmer auf, innerhalb von 30 (dreißig) Tagen nach Eingang der Mitteilung dazu Stellung zu nehmen, und im Falle von Artikel 13.1 Buchstabe c innerhalb von 30 (dreißig) Tagen nach Eingang der Mitteilung anzugeben, welche Maßnahmen er getroffen hat, um seinen vertraglichen Verpflichtungen weiter nachzukommen.

Bestätigt der Auftraggeber nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dieser Stellungnahme schriftlich, dass er diese akzeptiert, läuft das Kündigungsverfahren weiter. In jedem Falle teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer förmlich seine Entscheidung mit, den RV oder Auftragsschein zu kündigen. In den in Artikel II.13.1 Buchstaben a, b, c, e, g, j, k und l genannten Fällen ist in der förmlichen Mitteilung das Datum anzugeben, zu dem die Kündigung wirksam wird. In den in Artikel 13.1 Buchstaben d, f, h und i genannten Fällen wird die Kündigung an dem Tag wirksam, der auf den Tag folgt, an dem der Auftragnehmer die Mitteilung über die Kündigung erhält.

II.13.3 Wirkungen der Kündigung

Im Falle einer Kündigung verzichtet der Auftragnehmer auf jegliche Forderung wegen daraus entstandenen Schadens, einschließlich entgangenen Gewinns wegen nicht abgeschlossener Leistungen. Bei Erhalt der Mitteilung über die Kündigung trifft der Auftragnehmer alle erforderlichen Maßnahmen, um die Ausgaben möglichst gering zu halten, Schäden zu vermeiden und von ihm selbst eingegangene Verpflichtungen zu annullieren oder deren Umfang zu reduzieren. Der Auftragnehmer hat ab dem Datum, an dem die Kündigung wirksam wird, 60 (sechzig) Tage Zeit, um die nach den Besonderen Bedingungen oder Auftragsscheinen erforderlichen Unterlagen zu den zum Datum der Kündigung bereits erbrachten Leistungen zu erstellen und gegebenenfalls eine Rechnung auszustellen. Der Auftraggeber kann im Rahmen des RV gezahlte Beträge zurückfordern.

Im Falle der Kündigung kann der Auftraggeber für erlittene Schäden Schadenersatz fordern.

Nach der Kündigung kann der Auftraggeber einen anderen Auftragnehmer damit beauftragen, die Gegenstände zu liefern oder die verbundenen Leistungen abzuschließen. Der Auftraggeber kann, unbeschadet aller sonstigen Rechte und Garantien, die ihm aus diesem RV erwachsen mögen, vom Auftragnehmer die Übernahme aller durch diese Beauftragung entstehenden zusätzlichen Kosten verlangen.

ARTIKEL II.14 – BERECHTERSTATTUNG UND ZAHLUNGEN

II.14.1 Zahlungsdatum

Zahlungen gelten als an dem Tag geleistet, an dem das Konto des Auftraggebers belastet wird.

II.14.2 Währung

Geldbeträge in diesem RV sind in Euro ausgedrückt.

Zahlungen werden gemäß Artikel I.5 in Euro oder in Landeswährung geleistet.

Die Umrechnung zwischen Euro und einer anderen Währung erfolgt zu dem im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Euro-Tageskurs oder, wenn dies nicht möglich ist, zu dem auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlichten monatlichen Buchungskurs der Kommission für den Tag, an dem der Auftraggeber die Zahlungsanweisung ausstellt.

II.14.3 Überweisungskosten

Hinsichtlich der Überweisungskosten gilt Folgendes:

- (a) Die von der Bank des Auftraggebers in Rechnung gestellten Gebühren für ausgehende Überweisungen gehen zulasten des Auftraggebers;
- (b) die von der Bank des Auftragnehmers in Rechnung gestellten Gebühren für eingehende Überweisungen gehen zulasten des Auftragnehmers;
- (c) Kosten für weitere Überweisungen, die von einer Vertragspartei verursacht werden, werden von der Partei übernommen, die die weitere Überweisung bewirkt hat.

II.14.4 Rechnungen und Mehrwertsteuer

Auf Rechnungen sind der Auftragnehmer, der Rechnungsbetrag, die Währung, das Rechnungsdatum und die Nummer des RV sowie des Auftragsscheins anzugeben.

In den Rechnungen des Auftragnehmers ist der Ort der Leistung im mehrwertsteuerlichen Sinne anzugeben; die Beträge mit Mehrwertsteuer und die Beträge ohne Mehrwertsteuer sind getrennt aufzuführen.

Der Auftraggeber ist gemäß den Artikeln 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union grundsätzlich von allen Steuern und Abgaben und damit auch von der Mehrwertsteuer befreit.

Der Auftragnehmer unternimmt alle behördlichen Schritte, um sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des RV benötigten Lieferungen und Dienstleistungen von allen Steuern und Abgaben, einschließlich der Mehrwertsteuer, befreit sind.

II.14.5 Vorfinanzierung und Erfüllungsgarantien

Vorfinanzierungsgarantien bleiben bis zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Vorfinanzierung mit Restzahlungen verrechnet ist oder, wenn die Restzahlung im Wege einer Zahlungsaufforderung erfolgt, drei Monate nachdem die Zahlungsaufforderung dem Auftragnehmer zugestellt wurde. Der Auftraggeber gibt die Garantie innerhalb des folgenden Monats frei.

Erfüllungsgarantien decken die Lieferung von Gegenständen und die Erbringung der verbundenen Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung bis zur Endabnahme durch den Auftraggeber ab. Der Betrag der Erfüllungsgarantie darf den Gesamtpreis des Auftragsscheins nicht übersteigen. Die Erfüllungsgarantie bleibt bis zur Endabnahme der Leistung wirksam. Der Auftraggeber gibt die Garantie innerhalb des auf das Datum der Endabnahme folgenden Monats frei.

Wird in Einklang mit Artikel I.4 für eine Vorfinanzierung eine Sicherheitsleistung oder eine Erfüllungsgarantie verlangt, sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

- (a) die Sicherheit wird von einer Bank oder einem zugelassenen Finanzinstitut oder, auf Ersuchen des Auftragnehmers und mit Zustimmung des Auftraggebers, von einem Dritten geleistet;
- (b) der Bürge leistet die Sicherheit auf erste Anforderung und verzichtet auf die Einrede der Vorklage gegen den Hauptschuldner (den Auftragnehmer).

Die Kosten für diese Sicherheitsleistung gehen zulasten des Auftragnehmers.

II.14.6 Zahlung des Restbetrags

Der Auftragnehmer reicht innerhalb von 60 (sechzig) Tagen nach Erhalt der vom Auftraggeber ausgestellten Bescheinigung über die Vertragsmäßigkeit der Lieferungen eine Rechnung sowie einen endgültigen Fortschrittsbericht und gegebenenfalls weitere Unterlagen gemäß dem RV oder Auftragsschein ein.

Werden die Rechnung und die Unterlagen gebilligt, zahlt der Auftraggeber innerhalb der in Artikel I.4 genannten Frist und unbeschadet des Artikels II.14.7 den als Restzahlung geschuldeten Betrag. Mit der Billigung der Rechnung und der Unterlagen wird weder deren Ordnungsmäßigkeit noch die Authentizität, Vollständigkeit und Korrektheit der darin enthalten Erklärungen und Informationen bestätigt.

Die Zahlung des Restbetrags kann im Wege der Einziehung beglichen werden.

II.14.7 Aussetzung der Zahlungsfrist

Der Auftraggeber kann die in Artikel I.4 genannten Zahlungsfristen jederzeit aussetzen, indem er dem Auftragnehmer mitteilt, dass seine Rechnung nicht bearbeitet werden kann, entweder weil sie nicht mit den Bestimmungen des RV in Einklang steht oder weil nicht die richtigen Unterlagen eingereicht wurden.

Eine derartige Fristaussetzung teilt der Auftraggeber unter Angabe der Gründe dem Auftragnehmer so schnell wie möglich schriftlich mit.

Die Aussetzung wird an dem Tag wirksam, an dem der Auftraggeber die Mitteilung absendet. Die Frist läuft von dem Tag an weiter, an dem die angeforderten Informationen oder die überarbeiteten Unterlagen eingehen oder die erforderlichen weiteren Prüfungen samt Kontrollen vor Ort abgeschlossen sind. Übersteigt der Aussetzungszeitraum zwei Monate,

kann der Auftragnehmer vom Auftraggeber eine Begründung für die weitere Aussetzung verlangen.

Wurde eine Zahlungsfrist wegen der Zurückweisung einer in Absatz 1 genannten Unterlage ausgesetzt und wurde die neue Unterlage ebenfalls zurückgewiesen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Auftragsschein gemäß Artikel II.13.1 Buchstabe c zu kündigen.

II.14.8 Verzugszinsen

Bei Ablauf der in Artikel I.4 genannten Zahlungsfrist hat der Auftraggeber unbeschadet des Artikels II.14.7 Anspruch auf Verzugszinsen zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte in Euro angewandten Zinssatz (dem Referenzzinssatz) plus acht Prozentpunkte. Als Referenzzinssatz gilt der im Amtsblatt der Europäischen Union Reihe C veröffentlichte Zinssatz für den ersten Tag des Monats, in dem die Zahlungsfrist endet.

Die Aussetzung der Zahlungsfrist gemäß Artikel II.14.7 gilt für die Zwecke der Zinsberechnung nicht als Zahlungsverzug.

Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich dem Tag der tatsächlichen Zahlung im Sinne von Artikel II.14.1 ab.

Belaufen sich die berechneten Verzugszinsen jedoch auf höchstens 200 EUR, hat der Auftraggeber sie nur auf Anforderung zu zahlen; diese Anforderung muss innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung erfolgen.

ARTIKEL II.15 – EINZIEHUNG

II.15.1 Ist eine Einziehung nach Maßgabe des RV gerechtfertigt, erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber den betreffenden Betrag gemäß den Bestimmungen der Zahlungsaufforderung innerhalb der darin gesetzten Frist.

II.15.2 Wird der geschuldete Betrag nicht innerhalb der vom Auftraggeber in der Zahlungsaufforderung gesetzten Frist gezahlt, fallen Verzugszinsen zu dem in Artikel II.14.8 genannten Satz an. Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich dem Tag ab, an dem der geschuldete Betrag vollständig beim Auftraggeber eingeht.

Teilzahlungen werden zunächst auf die Kosten und Verzugszinsen, dann auf die Hauptschuld angerechnet.

II.15.3 Wurden Zahlungen nicht fristgerecht geleistet, kann der Auftraggeber nach schriftlicher Unterrichtung des Auftragnehmers die geschuldeten Beträge einziehen, indem er sie mit Beträgen verrechnet, die die Union oder die Europäische Atomgemeinschaft dem Auftragnehmer schuldet, oder indem er in den in Artikel I.4

oder im Auftragsschein vorgesehenen Fällen die Sicherheitsleistung in Anspruch nimmt.

ARTIKEL II. 16 – KONTROLLEN UND AUDITS

II.16.1 Der Auftraggeber und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung dürfen die Erfüllung des RV kontrollieren oder einem Audit unterziehen. Diese Kontrollen und Audits können von eigenem Personal oder einer dazu bevollmächtigten externen Einrichtung durchgeführt werden.

Diese Kontrollen und Audits können während der Ausführung des RV und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit dem Tag des Ablaufs des RV, durchgeführt werden.

Das Audit gilt als an dem Tag eingeleitet, an dem der Auftragnehmer das vom Auftraggeber abgesandte relevante Schreiben erhalten hat. Audits sind vertraulich.

II.16.2 Der Auftragnehmer bewahrt die Originalunterlagen, auch digitalisierte Originale, wenn dies nach innerstaatlichem Recht unter den dort geregelten Bedingungen zulässig ist, vom Datum des Ablaufs des RV an gerechnet fünf Jahre lang auf einem geeigneten Träger auf.

II.16.3 Der Auftragnehmer gewährt dem Personal des Auftraggebers und dem von diesem bevollmächtigtem externen Personal angemessene Rechte auf Zugang zu den Orten, an denen der RV ausgeführt wird, und zu allen – auch elektronisch vorliegenden – Informationen, die für die Durchführung der Kontrollen und Audits erforderlich sind. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass die Informationen zum Zeitpunkt der Kontrolle oder des Audits verfügbar sind und auf Verlangen in geeigneter Form abgegeben werden.

II.16.4 Anhand der bei dem Audit getroffenen Feststellungen wird ein vorläufiger Bericht erstellt. Dieser wird dem Auftragnehmer übermittelt, der innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nimmt. Der abschließende Bericht wird dem Auftragnehmer innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der genannten Frist übermittelt.

Auf der Grundlage der Feststellungen in dem abschließenden Bericht kann der Auftraggeber geleistete Zahlungen ganz oder teilweise einziehen und andere ihm notwendig erscheinende Maßnahmen treffen.

II.16.5 Gemäß Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten sowie Verordnung (EU/Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) kann das OLAF auch Kontrollen und Überprüfungen vor Ort gemäß den im Unionsrecht verankerten Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Union vor Betrug

und anderen Unregelmäßigkeiten durchführen.-- Aufgrund der dabei getroffenen Feststellungen kann der Auftraggeber gegebenenfalls Einziehungen vornehmen.

II.16.6 Der Rechnungshof verfügt für die Zwecke von Kontrollen und Audits über dieselben Rechte wie der Auftraggeber, insbesondere das Zugangsrecht.

UNTERSCHRIFTEN

Für den Auftragnehmer:

Firmenname/Vorname/Name/Funktion

Für den Auftraggeber:

Peter Lindvald Nielsen,
Leiter der Abteilung Kommunikation

Unterschrift(en): _____

Unterschrift: _____

[Brüssel], den [Datum]

[Brüssel], den [Datum]

In zweifacher Ausfertigung in deutscher Sprache.

Europäische Union



Europäischer Wirtschafts- und
Sozialausschuss

RAHMENVERTRAG

AUFTRAGSSCHEIN

Direktion/Referat/Dienst:

Auftrag Nr.:

(Bezeichnung und Adresse des Auftragnehmers)

Währung: EUR

Telefon:

Angebot (Datum und Bezugsnr.):

E-Mail:

Für diesen Auftrag gelten die Bestimmungen des Rahmenvertrags Nr. _____, gültig vom _____ bis _____.

VERZEICHNIS DER LIEFERUNGEN / DIENSTLEISTUNGEN

Anzahl

Menge

Preis in EUR

und Code

Stückpreis

INSGESAMT

-
-

Gemäß Artikel 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union ist die Kommission von sämtlichen Steuern und Abgaben, insbesondere der Umsatzsteuer, auf die Zahlungen, die aufgrund dieses Vertrags zu leisten sind, befreit. Für innergemeinschaftliche Käufe muss die Rechnung folgenden Vermerk tragen: "VAT Exemption / European Union / Article 151 of Council Directive 2006/112/EC".

[Wird die Mehrwertsteuer in Belgien geschuldet, gilt dieser Vertrag als Antrag auf Befreiung von der Mehrwertsteuer Nr. 450, sofern vom Auftragnehmer in der/den Rechnung(en) der Vermerk "Leistung für den Dienstgebrauch der Europäischen Union. Befreiung von der MwSt. gemäß Artikel 42 Absatz 3.3 des Mehrwertsteuergesetzes (Rundschreiben Nr. 2/1978)" angebracht wurde.]

Verpackung

Versicherung

Verkehr

Montage

USt

Gesamtwert:

Auslieferungs- bzw. Ausführungsort und/oder Incoterm:

Unterschrift des Auftragnehmers

Liefer- bzw. Ausführungsfrist:

Zahlungsbedingungen:
Bürgschaft:

Name:
Funktion:
Datum:

Datum der Ausfertigung:
Unterschrift [Name und Funktion] [und für
Belgien: Stempel des Europäischen
Wirtschafts- und Sozialausschusses]:
[Für Belgien: Nummer L-089-00000 – Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes "Auswärtige Angelegenheiten"]
Die Rechnung ist nur zu begleichen, wenn der Auftraggeber den Auftragsschein unterschrieben zurückgeschickt hat.

Anhang I

Leistungsbeschreibung (Referenznummer EESC/COMM/04/2015 vom [*Datum einfügen*])

Anhang II

Angebot des Auftragnehmers (Nr. [...] vom [*Datum einfügen*])

Anhang III

Formblatt Finanzbogen

Anhang IV

Formblatt Rechtsträger